

vLw-news

Berlin, im Dezember 2006

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende: Die Neuwahlen im September haben keine neue politische Konstellation ergeben – aber einen neuen Senator für Bildung und Wissenschaft. Ob dem Herrn Zöllner aus dem beschaulichen Rheinland-Pfalz wohl klar ist, welche Grabenkämpfe hier auf ihn zukommen und dass der Beschuss auch herzlich gern aus den eigenen Reihen kommt? Wir warten jedenfalls erst einmal ab, wie unser oberster Dienstherr mit uns umgehen wird, hat er uns doch über das "Dienstblatt II", den Tagesspiegel, bereits mitteilen lassen, dass die Kommunikation zwischen Verwaltung und Lehrerinnen und Lehrern in Berlin verbesserungswürdig sei.

Haben Sie übrigens auch so gestaunt über die Nachgesänge auf Herrn Böger? Presse, Landeselternrat, ja sogar Schulleiterverbände konnten sich gar nicht positiv genug über Herrn Böger äußern. War da noch kürzlich Kritik? Nichts mehr davon, dicke Abschiedstränen kullerten allen über die Wangen – aus Angst vor dem "neuen Besen" (der zum Zeitpunkt der Abschiedshymnen namentlich noch nicht bekannt war)? Ich war jedenfalls sehr erstaunt, aber sei es Herrn Böger gegönnt, denn der Abschied, der ihm vom Regierenden bereitet wurde, war wohl mehr als unwürdig. Dies aber wiederum passt zum Amtsantritt von Herrn Wowereit, der ein bezeichnendes Licht auf diese Regierung wirft und uns auch für die nächsten Jahre mal wieder nicht hoffen lässt. Denn dass der Regierungschef dieser Stadt das Thema Bildung nicht unbedingt für eine Chefsache hält, durften wir bereits schmerzlich erfahren.

Im neuen Jahr kommt es wieder dick: MSA; 5. Prüfungskomponente, Abitur (OG; OF und BOS) und das alles möglichst zeitgleich mit den IHK-Prüfungen, da bedarf es mal wieder guter Nerven! Gleichzeitig laufen die Schulinspektionen – alles Gründe, um Ihnen jetzt erst einmal erholsame Feiertage und einen fröhlichen Jahreswechsel zu wünschen sowie ein gesundes und friedliches 2007!

Herzlich,
Ihre
Roswita Mätzig-Wurm

PS: Während ich diese Zeilen für Sie schreibe, kommt über das Radio die Meldung, dass "meine" Schule, das OSZ Banken und Versicherungen, heute wegen eines Bombenalarms geräumt werden musste!! Zum Glück für uns alle stellte sich die "Bombe" als Attrappe heraus – aber wie lange noch??



- **Potsdamer Lehrerstudie – Teil 2**
- **vLw 4 U**
- **Stammtisch**

Lehrerentlastung¹

Belastungsfaktoren und praxisrelevante Strategien zur wirksamen Arbeitserleichterung

In seinem Vorwort verweist der Autor Heinz Klippert, der sich seit Jahren als Trainer, Berater und Ausbilder in Sachen „Pädagogische Schulentwicklung“ engagiert, auf die aktuelle Belastungskrise von Lehrerinnen und Lehrern. Zu Recht betont er, dass sich seit Beginn der 90er-Jahre die Bedingungen, unter den Lehrerinnen und Lehrern ganz fraglos verschärft und verschlechtert haben. Um diese Belastungen effektiv abzubauen, will Heinz Klippert mit diesem Band Mittel und Wege aufzeigen, wie Lehrkräfte, Kollegien und Schulleitungen im eigenen Regiebereich ansetzen können. So analysiert der Autor im ersten Kapitel mit Hilfe von Befragungs- und Untersuchungsbefunden zentrale Belastungsfaktoren wie z. B. den Reformdruck, einschneidender Imageverfall, individueller Perfektionismus sowie strapaziöses Helfersyndrom. Karikaturen und konkrete Beschreibungen illustrieren die Zusammenhänge und erleichtern eine Selbstdiagnose. Auf knapp 150 Seiten werden dann im 2. Abschnitt bewährte Entlastungsansätze und -verfahren vorgestellt sowie durch Arbeitsblätter, Fragebögen, Checklisten und sonstige Impulsmaterialien vertieft. Dazu gehören u. a. Verfahren wie z. B.:

- Verbesserung der Arbeitsökonomie
- Grenzen ziehen und Grenzen setzen
- Entlastung durch Schülerqualifizierung
- Die Schüler als Helfer und Miterzieher
- Die Lernspirale als Motivationshebel
- Gemeinsam lässt sich mehr erreichen
- Förderung produktiver Konferenzen
- Freistellung engagierter Lehrkräfte
- Abbau bürokratischer Hemmnisse
- Ausbau des Unterstützungssystems
- Förderung von Lehrerverkooperation
- Vertrauensbildende Elternarbeit
- Offensive Öffentlichkeitsarbeit

Im dritten Kapitel beschreibt Heinz Klippert den Zusammenhang zwischen schulinternen Gestaltungsmöglichkeiten sowie den erforderlichen unterstützenden Rahmenbedingungen von Bildungspolitik und Schulverwaltung. Hierbei finden sich viele Vorschläge wie z. B. zum Aufbau eines adäquaten Unterstützungssystems und der Förderung einer systematischen Fortbildung wieder, die von den Lehrerverbänden in den letzten Jahren formuliert und eingefordert wurden.

Auch wenn einige Themen nur kurz angerissen werden, vermittelt der Band einen vielschichtigen Überblick über etliche Facetten und praxisrelevante Verfahren zur Lehrerentlastung.



Anmerkung

¹ Heinz Klippert, Lehrerentlastung – Strategien zur wirksamen Arbeitserleichterung in Schule und Unterricht, Beltz Praxis 2006, 288 Seiten, ISBN 3-407-25417-2, EUR 26,90.

Hilmar von Zedlitz □

Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Landesverbands NRW

Zweiter Teil der Potsdamer Lehrerstudie

Am 12.12.2006 stellten Prof. Schaarschmidt und seine Mitarbeiter die Ergebnisse des zweiten Teils der Lehrerstudie, durchgeführt an der Uni Potsdam, im DBB-Forum in Berlin-Mitte vor.

Der DBB und seine angeschlossenen Lehrerverbände, darunter auch der vLw, haben dieses Projekt finanziell unterstützt und inhaltlich mitgetragen.

Damit werden nach Aussage von Dr. Ludwig Eckinger, Vorsitzender der dbb Expertenkommission Schule, Bildung und Wissenschaft und Bundesvorsitzender des VBE, endlich Zusammenhänge hergestellt zwischen dem Strukturwandel der Lebens- und Arbeitswelt und dem Lehrerberuf. Aus seiner Sicht hat die Potsdamer Lehrerstudie nicht nur deutlich gemacht, dass in unserem Beruf mit der Selbstausbeutung von Lehrerinnen und Lehrern gerechnet wird, sondern auch, dass diese einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des demokratischen Gemeinwesens leisten.

Insbesondere die Tatsache, dass bei dieser Studie nicht nur beschreibend auf die Situation der Kolleginnen und Kollegen (Pflichtstundenzahl, Klassenfrequenzen), sondern auch auf die psychischen und physischen Belastungen unseres Berufs eingegangen wird, hebt diese Studie hervor. Im Folgenden drucken wir daher die Einleitung zur "Zusammenfassung der Ergebnisse des zweiten Teils der Potsdamer Lehrerstudie" ab:

In dem Buch „Halbtagsjobber“ (Beltz-Verlag, 1. Auflage 2004, 2. Auflage 2005) wurden die Ergebnisse der ersten Etappe der Potsdamer Studie zur psychischen Gesundheit im Lehrerberuf vorgestellt. Sie wiesen auf eine problematische Gesundheitssituation hin. Wir wollten und konnten uns jedoch nicht damit begnügen, eine prekäre Situation aufzuzeigen. Aufbauend auf den Erkenntnissen dieser Analyse ging es uns im Weiteren darum, Unterstützungsangebote auszuarbeiten, die geeignet sind, den als veränderungsbedürftig erkannten Zustand überwinden zu helfen. Diese Bemühungen machen den Inhalt unserer Arbeit seit Ende 2003 aus (zweite Etappe der Studie). Hervorzuheben ist, dass dabei das Grundkonzept der ersten Arbeitsetappe (Ressourcenorientierung durch Bezug auf persönliche Bewältigungsmuster) beibehalten wurde.

Es geht uns nun um die Entwicklung und Erprobung von Interventionsprogrammen und Erfassungsinstrumenten sowie die Ableitung und Begründung von Gestaltungsempfehlungen. Insgesamt handelt es sich also um Leistungen im Interesse der Prävention und Gesundheitsförderung. Sie sollen als Angebote so konkret und praxisnah aufbereitet sein, dass sie in der Organisation der schulischen Arbeit, der Lehrerbildung der Lehrer- und Schulleiterfortbildung, der Berufsorientierung für Abiturienten und nicht zuletzt der psychologischen und medizinischen Betreuung der Lehrerschaft unmittelbar umgesetzt werden können. Um dieses Ziel zu erreichen, waren erneute Erhebungen notwendig.

Es konnten nochmals nahezu 8000 Lehrerinnen und Lehrer in eine weitere Befragung einbezogen werden, die in diesem Falle vor allem der Ableitung von Gestaltungserfordernissen galt. Darüber hinaus waren die Programme und Erfassungsinstrumente an einer größeren Zahl von Lehramtsstudierenden, Referendaren und Lehrkräften zu erproben. An diesen Entwicklungsarbeiten nahmen rund 2000 Personen teil. Im Ganzen wurden wir also in dieser zweiten Etappe durch rund 10 000 Untersuchungsteilnehmer unterstützt. Dass erneut eine solche breite Untersuchungsbasis gewährleistet werden konnte, ist nicht zuletzt auf die Hilfe durch die Expertenkommission Schule, Bildung und Wissenschaft und die vor Ort tätigen Vertreter der Lehrergewerkschaften des dbb zurückzuführen. Dafür möchten wir uns herzlich bedanken.

Die Ergebnisse sollen in einem zweiten Buch dokumentiert werden, das wiederum im Beltz-Verlag erscheinen wird. Die Manuskriptabgabe wird Ende des Jahres 2006 erfolgen. Das Buch soll so gestaltet sein, dass damit sehr konkret im Sinne der o. g. Zielsetzungen gearbeitet werden kann.

Es kommt für dieses Buch ein breiter Adressatenkreis in Frage: Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen, Schulleiter, Lehrerbildner, Verantwortliche in den Bereichen von Schulverwaltung, Schulpolitik, Lehrerverbänden und -gewerkschaften, Bildungsforscher, Sozialwissenschaftler, Psychologen, (Arbeits-) Mediziner und nicht zuletzt Lehramtsstudierende und am Lehrerberuf interessierte Abiturienten. Wir würden es sehr begrüßen und als Anerkennung der geleisteten Arbeit empfinden, wenn auch dieses zweite Buch durch Vorworte des Bundesvorsitzenden und des Vorsitzenden der Expertenkommission Schule, Bildung und Wissenschaft des dbb eingeleitet werden könnte.

+++ +++ Ergebnisse der Europatagung von BLBS und VLW (Presseerklärung und Abschlussstatement) +++ +++

Auf einer gemeinsamen Tagung von VLW und BLBS am 24. November 2006 stellten die Verbände die Frage, welche Konsequenzen die europäische Bildungspolitik für die beruflichen Schulen hat. Als Resümee der Tagung folgen hier Presseerklärung und Abschlussstatement:

Presseerklärung von BLBS und VLW

Berufliche Schulen in Europa besser positionieren

„Die Bildungswege in den beruflichen Schulen müssen im Europäischen und Nationalen Qualifikationsrahmen angemessen platziert sein. Wer sieht, dass 11 % aller Bachelorabschlüsse in England an den Colleges erworben werden, muss für die deutschen beruflichen Schulen die europäische Einordnung gut überdenken“, forderten Berthold Gehlert, Vorsitzender des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), und Dr. Wolfgang Kehl, Vorsitzender des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW), auf der gemeinsamen Fachtagung „Europäische Entwicklungen in der Berufsbildung“ in Würzburg. Beide stellten fest, dass die in Europa notwendige Qualitätssicherung in den beruflichen Schulen auf einem guten Weg ist. „Es gibt aber zur Sicherung der Anerkennung der Qualität betrieblicher Ausbildung in Europa noch Handlungsbedarf.“

„Berufliche Schulen müssen die europäische Entwicklung als Herausforderung und Chance sehen und sie nutzen“, so lautete das engagierte Plädoyer des Bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus, Siegfried Schneider. Siegfried Schneider hob die Möglichkeiten der europäischen Austauschprogramme ebenso hervor wie die der Dokumentation von Kompetenzen im EURO-PASS. Der Minister wies darauf hin, dass das System der beruflichen Schulen so leistungsfähig sei, dass es keinen Vergleich scheuen müsse. Nach den Ausführungen Schneiders stellen die beruflichen Schulen in hohem Maße die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung her: 43 % aller Hochschulzugangsberechtigten in Bayern haben diese Qualifikation über die berufliche Bildung erworben.

Im Gespräch mit den beiden Bundesvorsitzenden unterstrich der Minister die Bedeutung der Fachakademien und forderte die Unterstützung lebenslangen Lernens

ein. Unstrittig war für den Minister, dass das Abitur an beruflichen Schulen auch eine allgemeine Hochschulreife sein müsse.

Monique Cartigny, Vorsitzende der Fachkommission Bildung, Ausbildung, Forschung und Jugend der Europäischen Union unabhängiger Gewerkschaften (CESI), wies darauf hin, dass Frankreich bereits einen Nationalen Qualifikationsrahmen entwickelt habe, der als Verbindung der nationalen Abschlüsse zum Europäischen Qualifikationsrahmen erforderlich sei, ein Nationaler Qualifikationsrahmen, der in Deutschland noch zu erarbeiten sei. Aus einer übergreifenden Perspektive sah sie in den Aktionen der Europäischen Kommission eine Bewegung hin zu anglo-amerikanischen Konzepten; es sei mit einem Fragezeichen zu versehen, diese lediglich zu kopieren.

„Berufliche Bildung muss einen positiven Dreiklang von Beschäftigungsfähigkeit, Befähigung zur Teilhabe an der Gesellschaft und Persönlichkeitsentwicklung anstreben“, erklärte Kornelia Haugg, Abteilungsleiterin für berufliche Bildung im Bundesministerium für Bildung und Forschung. Sie sei froh, dass Konsens bestehe, dass es einen einheitlichen Nationalen Qualifikationsrahmen in Deutschland geben solle und hier der Bund und die Länder zusammenarbeiten.

Peter Baur als Vertreter der Europäische Kommission machte deutlich, dass das Bildungssystem für Veränderungen offen sein müsse. Die EU gebe nichts verpflichtend vor, aber zeige Perspektiven. „Wir wollen die Kombination von schulischem und betrieblichem Lernen fördern“, erklärte er.

Prof. Dieter Euler von der Universität St. Gallen hob hervor, dass es dringend notwendig sei, den Auftrag der Berufsschule im dualen System zu klären. Für ihn ist ein Ansatz sinnvoll, der im Rahmen des Berufsprinzips ein modulares Konzept ermöglicht. „Hier ist bei aller Unklarheit der europäischen Vorstellungen ein zukunftsweisender Weg möglich, der den Wert des schulischen Lernens nicht in Frage stellt“, so Dieter Euler.

„Wir müssen die beruflichen Schulen stärken und sie zu Innovationszentren für die Region weiterentwickeln, wenn wir die Chancen der europäischen Prozesse nutzen und die Leistungsfähigkeit des Faktors Arbeit in der

Wirtschaft garantieren wollen“, stellen Berthold Gehlert und Dr. Wolfgang Kehl zum Abschluss der von vielen Vertretern aus Ministerien, Institutionen und Verbänden besuchten Veranstaltung fest.

Helmut Hahn, Pressesprecher

Abschlussstatement

... was bleibt zu tun?

Dr. Wolfgang Kehl, VLW

Die Tagung hat gezeigt, dass die europäische Entwicklung uns vor große Herausforderungen stellt. Es macht keinen Sinn, wie das Kaninchen auf die Schlange auf die Fortschritte der Europäisierung in der beruflichen Bildung zu sehen. Für mich haben sich in der zeitlichen Abfolge des Tages Handlungserfordernisse gezeigt, die das beschreiben, was zu tun ist:

1. Umfassende Positionierung der beruflichen Schulen

Die deutschen beruflichen Schulen müssen sich in Europa richtig positionieren. Anders gesagt:

Wir müssen uns entwickeln.

So wichtig die Arbeit für die Leistungsschwächeren und die Benachteiligten ist, so müssen die beruflichen Schulen erkennen, dass sie für ihre Zukunft auch für Leistungsstärkere ein Angebot vorhalten. Wenn dies nicht gelingt und diese Klientel abwandert, bedeutet das einen Creaming-Effekt, der die beruflichen Schulen in eine Position bringt wie sie sich für die Hauptschulen darstellt und aus der jene offenbar nicht mehr entkommen. Ganz konkret: bei der Positionierung in Europa müssen wir sehen, dass 11 % aller englischen Bachelor-Abschlüsse an den Colleges vergeben werden. Die Kammern streben für ihre Weiterbildungsabschlüsse den „Bachelor professional“ an – der zum Beispiel m. E. den Fachschulabsolventen ebenso zustehen muss, sofern es ihn denn geben wird. Die Einordnung der Absolventen unserer im oberen Bereich angesiedelten Bildungsgänge muss auf der Stufe 5 des Europäischen Qualifikationsrahmens möglich sein. Das bedeutet nicht, dass wir uns nicht um diejenigen kümmern wollen, die auf die erste Stufe des Qualifikationsrahmens kommen möchten: das ist kein „entweder – oder“, das ist ein „sowohl – als auch“.

2. Innovation und Wissen als strategische Ziele der EU

Innovation und Wissen sind die zentralen Leitwörter für die Politik der europäischen Union im Bildungsbereich. Die künftige Wissensgesellschaft braucht für ihre Dynamik Innovationen, die auf der Grundlage von Wissen entstehen. Während die Anstrengungen im Hochschulbereich intensiviert werden, gibt es keinerlei Ansätze auf der Ebene unterhalb der Hochschulen.

Wir müssen diese Aufgabe der Innovationsförderung übernehmen.

Es gilt, im Rahmen der europäischen Initiative und zugunsten der KMU der Regionen einen wichtigen Beitrag

zu leisten. Der konsequente Ausbau der beruflichen Schulen zu Innovationszentren erfüllt eine wichtige Aufgabe in der Gesamtstrategie der EU. Die Erfüllung dieser Aufgabe kann durch besondere Segmente in den beruflichen Schulen übernommen werden. Ein Schritt kann die Vermittlung von Zusatzqualifikationen sein, die eine Qualifizierung über die nicht immer den neusten Stand reflektierenden Ausbildungsordnungen hinaus sichern können. Ein anderer Schritt können Projektarbeiten mit der Lösung praktischer Problemfälle auf dem Hintergrund neuerer Verfahren, Methoden und Theorien sein, wie sie zum Beispiel aus der Fachschule erwachsen. Ein weiterer Schritt kann die Hinführung zur unternehmerischen Selbstständigkeit sein, mit der die wirtschaftliche Umsetzung von technischen Neuerungen gefördert wird.

Die Region, die Betriebe, die jungen Menschen und die Schulen können von einem solchen Konzept gleichermaßen profitieren.

3. EUROPASS und europäische Förderprogramme

Die europäische Union gibt eine Reihe von Hilfen für die berufliche Bildung. Das sind einerseits die Programme, mit denen grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die grenzüberschreitende Entwicklung von neuen Konzepten gefördert werden. Das sind aber auch die verschiedenen Bausteine des EUROPASS, die eine sehr gute Grundlage für die Dokumentation von persönlichen Kompetenzen bilden.

Wir müssen diese Hilfen der EU besser nutzen.

Die Dokumentationsmöglichkeiten des EUROPASS reichen von einem standardisierten Konzept für den Lebenslauf über die Sprachenzertifizierung bis hin zur Dokumentation von im Ausland erworbenen Kompetenzen. Hier wird sich langfristig eine Übernahme dieser Standardisierung lohnen. Die analog zum Diploma supplement für Hochschulen für berufliche Bildungsgänge mögliche Beschreibung des Kompetenzerwerbs kann das Niveau von schulischer beruflicher Bildung am Konkreten festmachen und damit als sinnvoller Nachweis besser die Wertigkeit vermitteln als pauschalierte Werturteile.

Mit den europäischen Mobilitäts- und Innovationsprogrammen lassen sich Netzwerke über Grenzen knüpfen. Hier haben die Schulen eine gute Chance, sich im europäischen Kontext zu platzieren und ihre Ausrichtung über nationale Grenzen hinaus zu sichern.

4. Einstufungen im NQR

Der Europäische Qualifikationsrahmen setzt als Transparenzinstrument voraus, dass ein Nationaler Qualifikationsrahmen entwickelt wird. In der Diskussion um den Nationalen Qualifikationsrahmen wollen die Tarifparteien das Primat der betrieblichen Ausbildung vor allen schulischen Ansätzen festgeschrieben sehen.

Wir müssen unsere Anerkennung im NQR einfordern

Diese Anerkennung schulischer Lernprozesse ist eine der wichtigsten Herausforderungen in der Debatte um den NQR. Die Konstruktion eines NQR muss nach stimmigen Kriterien und sachlich begründbaren Unterscheid-

dungen erfolgen. Damit bietet dieser Prozess den Schulen die einmalige Chance, die in ihren Bildungsgängen entstehenden Kompetenzzuwächse auf einer sachlichen Ebene zu diskutieren und anhand von Lernergebnissen zu einer Anerkennung zu gelangen, die von Tarifparteien und Kammern sowie Arbeitgeberverbänden zur Zeit aus sachfremden Erwägungen versagt bleibt.

Eine Fundierung dieses Prozesses wäre über das Berufsbildungs-PISA möglich, das offensichtlich vom BMBF als sinnvoller erkannt ist.

5. Qualitätssicherung

Im Konzept der Europäischen Kommission zum Europäischen Qualifikationsrahmen gibt es am Schluss einen Teil, der sich mit dem Thema Qualitätssicherung befasst. Darüber hinaus ist der Rahmen zur Qualitätssicherung CQAF dokumentiert.

Wir müssen uns der Qualitätssicherung weiterhin stellen und sie positiv nutzen

Das System Schule ist in der Qualitätssicherung auf dem Weg, für die beruflichen Schulen ist Qualitätssicherung und Außenspiegelung aus der langen Erfahrung mit externen Prüfungen und aus dem ständigen Dialog mit den Ausbildungsbetrieben als kritischen Begleitern keine besondere Hürde. Allerdings ist für die betriebliche Ausbildung hier weder ein über alle Betriebsgrößen und Branchen herausgebildetes Verständnis für Qualitätssicherung in der Ausbildung sichtbar. Hier ist Schule der über alle Branchen und Betriebe betrachteten betrieblichen Ausbildung weit voraus.

In der europäischen Debatte um den EQF wird von gegenseitigem Vertrauen gesprochen. Um dieses Vertrauen in die in anderen Ländern erzielten Lernergebnisse zu sichern, wird auch die Forderung erhoben, dass auch in der beruflichen Bildung es etwas geben sollte, das als Akkreditierung „or similar“ beschrieben wird. Hier ist die staatliche Schulaufsicht gefragt, dieses „or similar“ abzudecken.

6. Konsequenzen der Outcome-Orientierung

Die Orientierung an Lernergebnissen bedeutet das Ende aller Bindungen an bestimmte Bildungswege und Bildungseinrichtungen. Dies wird für die Schulen erhebliche Auswirkungen haben:

Wir müssen zu wettbewerbsfähigen Einrichtungen werden

Die Sicherheit von (Berufs-)Schulpflicht, Gebietszuständigkeiten und Quasi-Monopolen wird auf Dauer nicht erhalten bleiben. Die beruflichen Schulen tun gut daran, sich frühzeitig auf die Situation des Wettbewerbs einzustellen und nicht nur über Qualität sondern auch über marktgerechtes Handeln ihre Position im Markt langfristig zu sichern.

7. Lebenslanges Lernen

In der europäischen Debatte ist unumstritten, dass das lebensbegleitende, dauerhafte Lernen in Zukunft unumgänglich ist. Das Lernen in der Erstausbildung reicht nicht als Vorrat über das gesamte (Arbeits-)Leben. Auch im Alter wird angesichts einer längeren Lebensarbeitszeit

und immer kürzerer Innovationszyklen das Lernen seinen Platz haben müssen.

Wir müssen unsere Chancen im Prozess des lebenslangen Lernens sehen

Die beruflichen Schulen müssen ihre Kompetenz in diese Felder einbringen – das erfordert allein die regionale Arbeitsmarktpolitik, die es sich nicht erlauben kann, die an den beruflichen Schulen vorhandenen Personal- und Ausstattungsressourcen vorbeizugehen. Die Schulen müssen diese Bereiche als Chancen für die Erschließung zukünftiger neuer Felder sehen.

8. Nicht-formales Lernen

Die Konzepte der Europäischen Kommission sehen auch die Validierung nicht-formalen Lernens vor. Die in solchen Lernformen erworbenen Kompetenzen sollen durch eine Validierung als Qualifikationen anerkannt werden.

Wir sind bereits bei der Validierung nicht-formalen Lernens gefragt und müssen unsere Ansprüche formulieren.

Mit dem Instrument der Nichtschülerprüfungen haben berufliche Schulen ebenso Erfahrungen in der Validierung nicht-formalen Lernens wie bei der Zulassung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern, denen für bestimmte Bildungsgänge die formalen Eingangsvoraussetzungen fehlen und die über besondere Regelungen zugelassen werden können. Als staatliche Stellen verfügen die Schulen überdies über den notwendigen Hintergrund für die Übernahme solcher Anerkennungen, die als hoheitliche Aufgabe wahrgenommen werden können.

9. Europäische Benchmarks

Im Rahmen der EU gibt es Benchmarks für die Entwicklung der europäischen Staaten im Bildungsbereich. Dazu gehört zum Beispiel die Zahl der Schulabgänger mit Abschluss und die Beteiligung am lebenslangen Lernen.

Wir müssen Angebote machen, mit denen die nationalen Benchmarks verbessert werden können

Die beruflichen Schulen können zum Beispiel mit dem Angebot einer „zweiten Chance“ – verstanden im Sinne der Koalitionsvereinbarung der großen Koalition – über berufliches Lernen den Weg zu allgemeinen Berechtigungen und damit zu Schulabschlüssen öffnen. Sie können zum Beispiel wie oben formuliert sich in den Prozess des lebenslangen Lernens einbringen und damit die Beteiligungsquote erhöhen.

10. Prinzip der Dualität

Aufgrund der deutschen Position zur Gestaltung der beruflichen Bildung hat die EU die Bedeutung der Betriebsnähe von Ausbildung betont und die Formen alternierendes Lernens – d. h. Lernen mit einem Wechsel der Lernorte – als wichtigen Weg hervorgehoben.

Wir müssen Dualität neu denken

Alternierendes Lernen beschränkt sich nicht auf die Ausprägung im dualen System. Nicht zuletzt wegen der quantitativen Probleme des dualen Systems müssen neue Wege der Verbindung von theoretischem und prak-

tischem Lernen gesucht werden. Diese neuen Wege müssen die Einbeziehung von solchen Praktika, die als Berufspraxis gestaltet sind, ebenso umfassen wie neue Sequenzialisierungsmodelle.

11. ECVET

Mit dem Credit-Point-System für die berufliche Bildung wird eine Tür aufgestoßen zu einer neuen Entwicklung, die eine Modularisierung der beruflichen Bildung befördert.

Wir müssen auf den Zug springen und die Chancen von ECVET nutzen

Die von Euler und Severing für die deutsche berufliche Bildung entwickelten Überlegungen greifen diese Perspektive auf. Weil zu erwarten ist, dass im dualen System diese Ansätze nicht aufgegriffen werden, muss im Bereich der vollqualifizierenden schulischen Angebote ein europäischer Ansatz in Kooperation mit möglichst vielen anderen Ländern die Chancen ausloten, die für die beruflichen Schulen in diesem Konzept stecken. Auf diesem Weg sollte auch die Entwicklung europäischer Berufsbilder für vollqualifizierende schulische Angebote mit bedacht werden. Auf diesem Weg muss es auch gelingen, die Wertigkeit schulischen Lernens zu sichern.

12. Aktion statt Reaktion

Es gibt noch viele offene Fragen in der europäischen Entwicklung. Die mangelnde Klarheit der Ziele und der Werkzeuge erfordert Optimierung. Dennoch darf man darüber nicht in eine Haltung des Abwartens verfallen.

Wir müssen agieren und die europäischen Herausforderungen annehmen

Verbandspolitik muss es sein, die Handlungsmöglichkeiten im Zuge der europäischen Entwicklung so weit wie möglich zu nutzen. Wir müssen Verbündete suchen, im Inland und im Ausland. Die ausländischen beruflichen Schulen müssen von uns erfahren, wie es um die Entwicklungschancen der beruflichen Schulen im dualen System steht, mit ihnen müssen wir gemeinsame Strategien zur Einwirkung auf die europäischen Prozesse entwickeln. Es lassen sich solcher Zusammenarbeit auch ganz neue Perspektiven abgewinnen: warum soll eine in Deutschland sinnvolle vollqualifizierende schulische Ausbildung nicht über Kooperation zum Ausbildungsabschluss in einem anderen EU-Land führen?

Entschließungsantrag der Großen Koalition im Bundestag für berufliche Bildung im europäischen Kontext

Im Oktober haben die Fraktionen der Großen Koalition im Bundestag einen Entschließungsantrag zur beruflichen Bildung vorgelegt. In dem Antrag wird gefordert:

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich zur Umsetzung und Weiterentwicklung der europäischen beruflichen Bildung weiterhin maßgeblich an der Weiterentwicklung eines europäischen Berufsbildungsraumes zu beteiligen. Hierzu gehört auch die Entwicklung europäischer Berufsbilder als freiwillige Option;

2. sich bei der Entwicklung eines EQRs dafür einzusetzen, dass die Ergebnisorientierung und somit der Erwerb von Kompetenzen bei der Bewertung im Vordergrund steht, egal ob sie auf schulischem, akademischem oder betrieblichem Wege erworben wurden;

3. darauf hinzuwirken, dass bei der Entwicklung eines EQRs eine angemessene Einstufung deutscher Qualifikationen – auch als Weichenstellung für eine spätere Einstufung durch einen nachfolgenden NQR – sichergestellt wird. Das gilt für das gesamte Feld der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Einem modernen Berufskonzept kommt zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses eine besondere Bedeutung zu. Das Ziel ist die immer wieder aktualisierte Berufsfähigkeit im erlernten Beruf. Das schließt prinzipiell reflektierte Arbeitserfahrung und damit das Lernen im Arbeitsprozess ein. Neben den Berufs- und Bildungsabschlüssen müssen somit die Berufserfahrung und Lernergebnisse erfasst werden, die in beschäftigungsnahen Qualifikationsprozessen erworben werden und so zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit beitragen;

4. darauf hinzuwirken, dass bei der Entwicklung eines EQRs die Deskriptoren so ausgestaltet werden, dass sie aus der Praxis heraus entwickelt werden, somit verständlich sind und angewendet werden können sowie im Detail noch weiter im Hinblick auf ihre Tauglichkeit im Berufsbildungsbereich optimiert werden;

5. bei der Entwicklung eines EQRs darauf hinzuwirken, dass dieser praxisorientiert und anwenderfreundlich gestaltet wird. Der EQR ermöglicht, dass die überall in der EU von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erworbenen Nachweise über Qualifikation, Wissen und Fertigkeiten für Berufs- und Weiterbildungszwecke in einem Rahmen eingestuft werden und schafft damit Transparenz;

6. sich bei der Entwicklung eines EQRs dafür einzusetzen, dass das Prinzip der Freiwilligkeit bei der Teilnahme der Mitgliedstaaten am EQR beibehalten wird. Die Verbindung der nationalen Qualifikationssysteme mit dem EQR ist als Prozess zu betrachten, der bis zum Jahr 2011 im Wesentlichen abgeschlossen sein sollte;

7. darauf hinzuwirken, dass nach der Einführung des EQRs und bei der Entwicklung eines ECVETs von Anfang an Verfahren zur Aktualisierung, Evaluation und Qualitätssicherung etabliert werden;

8. darauf hinzuwirken, dass bei der Entwicklung eines EQRs und bei der Entwicklung eines ECVETs neben den Bereichen der formalen Bildungsgänge auch informelles Lernen einbezogen wird. Informell erworbene Kompetenzen sind unter anderem auch Berufserfahrungen;

9. darauf hinzuwirken, dass bei der Entwicklung eines ECVETs die Gleichwertigkeit (nicht die Gleichartigkeit) von beruflicher und allgemein schulischer und hochschulischer Bildung zu Grunde gelegt wird. Dass bedeutet, dass für vergleichbare Leistungen gleiche Punktzahlen vergeben werden;

10. bei der Entwicklung eines zukünftigen NQRs neben den Bundesländern auch die Wirtschafts- und Sozialpartner miteinzubeziehen;

11. darauf hinzuwirken, dass der EQR mit dem im Rahmen des Bologna-Prozesses entwickelten Qualifikations-

rahmen für den Europäischen Hochschulraum (EHEA-QF) kompatibel ist;

12. Maßnahmen zu ergreifen, dass bei der Schaffung eines EQRs und bei der Entwicklung eines ECVEs das Berufsprinzip weiter gesichert ist und durch eine Orientierung an den Lernergebnissen gestärkt wird. Modularisierungen sollten für Differenzierungen dienen als Grundlage für die Beschreibung, Bewertung und Anrechnung wählbarer Qualifikationen und Kompetenzen. Die Modularisierung darf jedoch das Berufskonzept nicht ersetzen. Die Berufe und Weiterbildungsprofile sollten weiter nach dem Berufsbildungsgesetz geordnet werden;

13. Maßnahmen zu ergreifen, dass die Entwicklung eines ECVEs langfristig mit dem bestehenden europäischen Kredit-Transfersystem (ECTS) zusammengeführt wird;

14. Mitgliedstaaten mit Erfahrungen in dualen bzw. arbeitsplatznahen Berufsbildungssystemen in Austausch zu bringen, um durch gemeinsame Aktionen gleiche Wettbewerbsbedingungen für die duale Berufsbildung in Europa zu sichern;

15. den Bekanntheitsgrad des Europasses durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit weiter zu erhöhen, damit die entsprechenden Zielgruppen aus dem Schul-, Berufsbildungs- und Hochschulbereich sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verstärkt davon Gebrauch machen;

16. zur Stärkung der Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungssystems im europäischen Wettbewerb das Bildungssystem durchlässiger zu machen. Dies bedeutet, dass bei einem Wechsel in einen anderen Bildungsgang verstärkt auf bereits erworbene Qualifikationen aufgebaut wird und dass die erworbenen Kompetenzen auch auf die Ausbildungsdauer oder die Prüfung angerechnet werden. Die Erhöhung der Durchlässigkeit des Bildungssystems – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – erleichtert den Erwerb und den Zugang zu höherer Bildung in der Weiterbildung und im Hochschulsektor;

17. Maßnahmen zu ergreifen, um die Beteiligung an beruflicher Weiterbildung zu erhöhen. Insgesamt geht in der EU die Beteiligung an beruflicher Weiterbildung zurück. Hierbei sind alle Beteiligten gefordert. Es müssen Maßnahmen entwickelt werden, die die Aus- und Weiterbildungsbereitschaft intensivieren und zu einem Konzept lebenslanges Lernen verstärken;

18. Maßnahmen zu ergreifen, um die Weiterbildungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz zu erleichtern sowie Fernunterricht und On-Line-Lernen zu fördern.

IV. Der Deutsche Bundestag erwartet von den Ländern:

1. den Europass an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen verstärkt vorzustellen;

2. die Lehrkräfte der berufsbildenden Schulen weiterhin auf einem hohen Niveau auszubilden und entsprechend zu entlohnen. Die Qualität der Berufsbildung ist auch abhängig von der Qualifikation der Ausbilder und Lehrkräfte. Hierzu gehört ebenso ein Konzept zur permanenten Weiterbildung, das auch grenzüberschreitende Betriebspraktika für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen beinhaltet.

V. Der Deutsche Bundestag appelliert an die Tarifpartner, vermehrt Vereinbarungen zum lebensbegleitenden

Lernen in Tarifverträgen zu verankern, um damit das deutsche Bildungssystem zu stärken und die Weiterbildungsbereitschaft zu steigern.

Lehrerverbände schreiben an Kanzlerin wegen Arbeitszimmer

Die große Koalition in Bonn will die steuerliche Absetzbarkeit des Arbeitszimmers für einige Berufsgruppen, so auch die Lehrerinnen und Lehrer, per Steuerrechtsänderungsgesetz ausschließen. Die Lehrerverbände im dbb hatten bereits an die Bundestagsabgeordneten und den Finanzminister geschrieben, dass dies nicht tragfähig sein. Nachdem die Information vom Vorsitzenden der Steuergewerkschaft im dbb, Dieter Ondracek, gekommen ist, wenn die Änderung aufgehoben werden solle, dann könne das nur noch die Kanzlerin, wurde ein Brief an Frau Dr. Merkel geschrieben. Darin heißt es unter anderem:

... Als Vertreter der Lehrkräfte unseres Landes halten wir es für dringend angeraten, die Abzugsfähigkeit der Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer weiter aufrecht zu erhalten und sehen dies auch als ein Gebot der Steuergerechtigkeit an.

Da die Berufsausübung ohne ein häusliches Arbeitszimmer nicht möglich ist, gebietet die Systematik des Steuerrechts die steuerliche Anerkennung der Kosten als abzugsfähig. Der beabsichtigte Paradigmenwechsel wäre unter dem Gesichtspunkt der Steuergerechtigkeit unseres Erachtens nicht zumutbar.

Ein wesentlicher Aspekt darf bei einem solchen Schritt nicht übersehen werden: Im Falle der wegfallenden Absetzbarkeit wären die Lehrer gezwungen, die Bereitstellung und Ausstattung von Arbeitszimmern in den Schulen einzufordern. Dies würde für die öffentliche Hand insgesamt unter dem Strich erheblich höhere Mehrkosten bedeuten als die – derzeit durch die Höchstgrenze limitierte – Anerkennung der Abzugsfähigkeit der Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer.

Ein Wegfall der Abzugsfähigkeit wäre auch ein falsches Signal an die Lehrkräfte, denn er würde nichts anderes bedeuten, als dass der Staat das häusliche Arbeitszimmer als Arbeitsort nicht mehr wünscht. Wenn die Lehrkräfte nun auch die Konsequenz ziehen und die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts zuhause nicht mehr leisten würden, wäre das für die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems kontraproduktiv.

Darüber hinaus wären im Ergebnis Lehrkräfte als mehrfach Betroffene der Steuerreform besonders belastet. Für sie gelten steuerliche Änderungen, die die Allgemeinheit treffen, wie etwa die Erhöhung der Umsatzsteuer, aber ohne Entlastungen an anderer Stelle, wie sie für Sozialversicherungspflichtige gelten. Darüber hinaus sind Lehrkräfte tangiert von den generellen Einsparungen bei der Besoldung der Beamtenschaft. Die Streichung der Absetzbarkeit der Aufwendungen für das Arbeitszimmer würde zum weiteren Sonderopfer für Lehrerinnen und Lehrer, das als zusätzliche Belastung nicht mehr vermittelbar wäre. Wir erinnern daran, dass es schon heute

angesichts der schlechten Arbeitsbedingungen von Lehrern sehr schwer ist, genügend Lehrenachwuchs zu gewinnen. Die steuerliche Nichtanerkennung des häuslichen Arbeitszimmers wäre ein weiteres fatales Zeichen, dass der Staat die Arbeit seiner Lehrer nicht ausreichend schätzt und berücksichtigt. ...

Noch einmal: Arbeitszimmer

Dr. Görisch aus Münster hat in der NJW, dem juristischen Standardblatt, einen Aufsatz zur steuerlichen Ungleichbehandlung häuslicher Arbeitszimmer veröffentlicht. Er führt darin aus, dass vor dem systematischen Hintergrund des Nettoprinzips die bloße Anknüpfung an die Intensität der beruflichen Nutzung eines Gegenstands sachfremd sei, sofern es nicht um die Abgrenzung zur Privatnutzung geht. Dies verstößt nach seiner Auffassung gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz aus Art 3 I GG. Daraus leitet er die Verfassungswidrigkeit der diesbezüglichen Regelung des Steuerrechtsänderungsgesetzes 2007 ab. (NJW 31/2006, S. 2235 f.)

Nicht nur wegen dieses Aufsatzes wollen die Verbände im dbb gegen diese Regelung vorgehen. Es wird ein Musterwiderspruch vorbereitet, der bei

Nichteintragung des Arbeitszimmerfreibetrags auf der Lohnsteuerkarte verwendet werden kann. Der dbb wird Rechtsschutz für Musterprozesse übernehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf den vorangegangenen Seiten haben wir Ihnen erstmals einen neuen Service des vLw-Bundesverbandes vorgestellt: Unter der Leitung des Bundesvorsitzenden Dr. Kehl werden die Landesverbände mit Informationen sowohl für Funktionsträger als auch für die Mitglieder versorgt.

Wir freuen uns, diese Informationen an Sie weiterleiten zu können. So werden Sie in künftigen news immer auch einige Seiten VLW 4 U finden.

Fachkongress "Schule in der Gesellschaft" vom 30.11. – 01.12.2006 in Hannover

Der von der Bertelsmann-Stiftung veranstaltete Fachkongress wurde eröffnet von einer fulminanten Rede Bischof Hubers von der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg. Der Bischof erinnerte nachdrücklich an die Wertevermittlung, die primär in der Familie zu erfolgen habe, aber auch daran, dass wir als Gesellschaft die Verpflichtung haben, diese Werte einzufordern. Gleichzeitig – mit einem Seitenhieb, wie ich meine, auf die Politik des Landes Berlin – verwies er auf die Notwendigkeit von Religionsunterricht und die verfassungsgemäße Wahlfreiheit, die aus seiner Sicht durch die verpflichtende Teilnahme am Ethik-Unterricht ausgehöhlt werde.

Jedem Interessierten kann ich nur empfehlen, diese mit viel Verve und sehr viel Überzeugung vorgetragene Rede des Bischofs nachzulesen. Sie können sie abrufen unter: www.schule-in-der-gesellschaft.de.

In einer sich anschließenden Podiumsdiskussion – kompetent moderiert von Petra Gerster vom ZDF – verwiesen die Teilnehmer auf die grundsätzliche Frage: "Verknappt die Gesellschaft Anerkennungsquellen?"

Eindrücklich wurden von Prof. Heitmeyer von der Uni Bielefeld die Anerkennungsquellen dargelegt:

- | | | |
|----------------|---|---------------|
| 1. Familie | → | Liebe |
| 2. Schule | → | Leistung |
| 3. Peer groups | → | Zugehörigkeit |

Daneben fiel insbesondere Rita Süßmuth als Diskussionsteilnehmerin besonders durch sachgemäße und temperamentvolle Redebeiträge positiv auf, schon deshalb, weil sie auch nicht vor fundierter Kritik an ihren politischen Kolleginnen und Kollegen zurückschreckte, sondern im Gegenteil, Mängel in der Bildungspolitik pointiert aufzeigte.

vLW-Stammtisch mit Herrn Pieper sorgte für überfüllten Sitzungsraum im Landauer

Pieper: Diplom-Handelslehrer haben einen guten Ruf zu verlieren - Qualitativ höherwertige Bildungsgänge an den OSZ anbieten!

Ludger Pieper, Leiter der Abt. II der Senatsverwaltung, sorgte für großes Stühle- und Tischerücken im Sitzungsraum. Die Ankündigung, dass er am VLW-Stammtisch teilnehmen werde, hatte bei vielen Mitgliedern auf reges Interesse gestoßen, so dass die Sitzplatzkapazität des Wintergartens im Landauer mehr als ausgelastet war.

Die große Teilnehmerrunde wurde dann auch nicht enttäuscht – Herr Pieper sorgte mit manchen Äußerungen für erstaunte Gesichter. Man könnte fast meinen, er sei ein Verfechter der VLW-Forderungen. So z.B. diese überraschende Aussage:

Die OSZ sollen sich auf ihre Kernaufgabe, die berufliche Ausbildung, konzentrieren, und zusätzlich den Fort- und Weiterbildungsangebotsbereich erobern.

Im OBF-Bereich präferiert er die zwei- und dreijährigen Bildungsgänge, die einjährige OBF höchstens im Sinne einer höheren Handelsschule.

Pieper spricht sich demnach eindeutig gegen ein OSZ als „verlängerten Arm der Hauptschule“ aus. Zum Beispiel weise das Schülerklientel des BB10-Bildungsgangs eine große Nähe zur Hauptschule auf, so dass sie auf einer allgemeinbildenden Schule besser aufgehoben wären. „Dort gehören sie hin, nicht in die OSZ!“. Wir Kollegen als Diplom-Handelslehrer seien nicht dafür ausgebildet worden, wir hätten einen Ruf zu verlieren. Schau an! Sollten wir uns also doch wieder verstärkt aufs Fachliche konzentrieren, und weniger „Klippern“? Sind wir also doch erst für die ausbildungsreifen Schülerinnen und Schüler zuständig? Das wäre zu schön, um wahr zu sein. Herr Pieper, wir werden Sie zu gegebener Zeit daran erinnern!! Die Praxis zeigt nämlich eher das Gegenteil. Die einjährige OBF hat im gerade begonnenen Schuljahr wieder einen großen Ansturm erlebt, die Zahl der Schüler ohne Mittleren Schulabschluss ist deutlich gestiegen. Eklatante Sprachmängel und Defizite im mathematischen Bereich sind nach wie vor an der Tagesordnung.

Synergie-Effekte sollten die OSZ im Bereich der **Gymnasialen Oberstufe** nutzen. Da

passiere noch zu wenig in den Schulen. **Mehr Werbung, mehr „Kunden“ gewinnen**, müsse die Devise sein. Der Bildungsgang an den OSZ sei noch nicht bekannt genug, seine Vorteile noch nicht genügend kommuniziert: So könnten sich die Schüler ein Jahr mehr Zeit lassen bis zum Abitur. In diesem längeren Zeitraum sei ein besseres Ergebnis machbar, folglich könnten die Schüler einen besseren NC erreichen, und hätten damit bessere Chancen auf einen Studienplatz.

Herr Pieper bot sich an, solche Fragen gerne auch mal in einer Extra-Veranstaltung, z. B. einem thematischen Abend, zu erörtern. Überhaupt zeigte er sich sehr anhänglich: Zu Beginn seiner Ausführungen betonte er, er sei das erste Mal in „dieser“ Runde, aber das könne bzw. werde sich bessern. – Mensch, wer hat denn da in unserem Verband so geschlafen? Den Mann hätten wir schon viel eher einbinden müssen! Macht nix, wir können ihm ja noch ein VLW-Beitragsformular zuschicken.

Und sonst? Ach ja, zum Dauerbrenner Personalpolitik hatte Herr Pieper noch ein paar kluge Hinweise:

- **„Gute Planer müssen ½ Jahr vorher nicht alles im Detail wissen.“** Sie kommen mit 95% der Daten aus. Also, Stundenplan-Planer, noch Fragen? Habt Euch nicht so, wenn Ihr noch nicht so genau wisst, mit wie viel Neuzugängen Ihr rechnen könnt!
- **„Gute Referendare bleiben in Berlin!“** Warum? Iss doch klar: Weil ein Berliner OSZ einen attraktiven Arbeitsplatz bietet (im Gegensatz zu manch einer langweiligen Bündelschule auf dem Land) und Berlin als Stadt auch zieht. Wem das noch nicht reicht, der solle den Referendaren noch ganz beruhigend versichern: **„Junger Kollege, das kriegen wir schon hin!“** (O-Ton Hr. Pieper). Na, wenn das keine Argumente sind... Jetzt aber noch etwas Seriöses zu diesem Thema: Herr Pieper wagt die These, dass ab ca. 2008 (wahrscheinlich erstes Jahr mit zu wenig Bewerbern) auch in Berlin wieder Verbeamtungen möglich seien. Bisher habe kein Bundesland länger als sieben Jahre die Nicht-Verbeamtung durchgehalten. Zur Zeit sei in Berlin dieses Thema jedoch ideologisch belastet.

Runde Geburtstage unserer Mitglieder 2006

70 Jahre

Herr Manfred Quast	22.01.
Herr Götz Heinze	08.02.
Herr Christoph Wendt	27.02.
Herr Ulrich Richter	09.03.
Herr Harry Berger	10.06.
Herr Hans-Werner Keil	12.06.
Herr Jürgen Wächter	27.07.
Herr Klaus Poschmann	04.09.
Herr Wilfried Gadischke	02.11.
Frau Waltraud Greif	12.11.
Herr Karlernst Markus	12.12.
Herr Klaus Schülke	19.12.

75 Jahre

Herr Frank Dudzus	14.05.
Herr Horst Knaut	14.06.

80 Jahre

Herr Curt Maushake	31.10.
Herr Gerhard Stärcke	29.11.

85 Jahre

Frau Maria Specht	26.02.
-------------------	--------

95 Jahre

Frau Hildegard Schacht	21.03.
-------------------------------	---------------

Der Vorstand gratuliert den Jubilaren von ganzem Herzen und wünscht Ihnen allen ein zufriedenes neues Lebensjahr bei guter Gesundheit.

Ganz besondere Glückwünsche gehen nachträglich noch an Herrn Knaut, dem ja zu seinem "runden" Geburtstag vom Bundesverband durch eine Festschrift ganz besondere Wertschätzung zu Teil wurde. Der Landesverband Berlin schließt sich hier nochmals an und bedankt sich im Namen der Mitglieder für den beispiellosen Einsatz für den vLw. Danke, Herr Knaut!!

Sie erreichen uns unter: www.vlw-berlin.de.

Für die Kommunikation mit unseren Mitgliedern haben wir folgende email-Adressen eingerichtet:

Zu Fragen an den Vorstand: maetzig-wurm@vlw-berlin.de

Für Adressenänderungen, Änderungen der Kontoverbindung etc.: schatzmeister@vlw-berlin.de

Für Fragen an unsere Personalratsmitglieder: heyser@vlw-berlin.de

Darüber hinaus erreichen Sie Mitglieder des Vorstandes bzw. der mit uns zusammenarbeitenden Mitglieder unter:

nachname@vlw-berlin.de

z.B. juchem, lang, gehrmann, jaeger, kuehn, stapelfeld.

... und übrigens:

**Erziehung ist heute die organisierte
Selbstverteidigung von Lehrerinnen und Lehrern!**

H. Hüglin

Impressum:
V.i.S.d.P. ist der Vorstand des vLw Berlin
Mommsenstraße 58, 10629 Berlin
Telefon: (030) 32 79 52 – 15
Fax: 03328/30 21 31
Redaktion:
Roswita Mätzig-Wurm
eMail-Adresse:
maetzig-wurm@vlw-berlin.de